

Dr. Reza Darius Montassér, CMT

Wissenschaftliche Gedanken zu aktuellen Themen

Mit freundlicher Genehmigung der Braunschweiger Privatbank

31. März 2025

DONALD TRUMPS „LIBERATION DAY“ AM 2. APRIL 2025: WARUM AUCH NOCH SO HOHE ZÖLLE IN KEINER WEISE HELFEN WERDEN DAS US-HANDELSBILANZDEFIZIT NACHHALTIG ZU REDUZIEREN

NEUE METHODEN DER STAATSFINANZIERUNG I: DER GRIFF DER US-REGIERUNG NACH BODENSCHÄTZEN

Dass die aktuelle US-Administration unter der Führung vom Präsidenten Donald Trump nicht zimperlich agiert, hat man in den ersten Wochen seit Amtsantritt – aufgrund diverser politischer Fehlritte – erahnen können. Allein die Erinnerung an den denkwürdigen 28. Februar 2025, als der kriegsgeschundene Ukrainische Präsident während seines Staatsbesuchs im Weißen Haus ungewollt zu einer Marionette im unwürdigen Schauspiel Donald Trumps mutierte und vor aller Öffentlichkeit gedemütigt und aus dem Oval Office befördert wurde, weil er das oktroyierte US-Mineralienabkommen zur Ausbeutung der ukrainischen Rohstoffvorkommen nicht unterschreiben wollte, ist heute noch kaum ertragbar.

Da gibt es ein Land, die Ukraine, das von seinem Nachbarn Russland angegriffen wird, dessen junge Menschen täglich an der Front und unter feindlichen Raketen- und Drohnenangriffe einen grausamen Tod erleiden müssen. Ein Land, das in den letzten drei Jahren tagtäglich unter schwersten Bedingungen versucht den Angriffskrieg Russlands zu überleben. Und da gibt es eine Weltmacht, die sich immer rühmte für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie einzustehen. Doch dieses wunderbare Land, die USA, wird von einem republikanischen Präsidenten regiert, der eine sehr eigenwillige und antiquierte Vorstellung von Demokratie und freiem Welthandel hat. So verwundert es nicht, dass Donald Trump die Freiheit und den militärischen Schutz der Ukraine in neokolonialer Manier mit einem Preisschild versieht. Aus Sicht der Ukraine könnte dieses Preisschild wohl an Schutzgeld erinnern, aus Sicht von Donald Trump, ist es womöglich ein guter „Deal“.

Doch für Donald Trump läuft längst nicht alles gut. Bis heute hat er keines seiner wichtigen Wahlversprechen halten können. Weder hat er den Ukraine-Krieg in den ersten Tagen nach seinem Amtsantritt beenden können, noch schweigen die Waffen im Nahen Osten. Und auch seine

innenpolitischen Ziele (massive Steuersenkungen für Unternehmen und Privatpersonen), die er mit Hilfe von Kürzungen im öffentlichen Haushalt und vor allem mit Strafzöllen erreichen wollte, hat er bis dato nicht umsetzen können. Und tragischer Weise, hat der speziell für das Sparen eingesetzte Milliardärs-Freund des US-Präsidenten, Elon Musk, mit dem neuen Effizienzministerium „Department of Government Efficiency“ (DOGE), durch Massenentlassungen und Schließungen im öffentlichen Bereich, für mehr Chaos als für Effizienz gesorgt.

Doch der Gipfel der Verfehlungen wurde Anfang dieser Woche erreicht, als bekannt wurde, dass US-Spitzenbeamte und Minister, den für den 15. März geplanten und streng geheim gehaltenen US-Angriff auf Stellungen der jemenitischen Houthis, nicht nur mit Hilfe eines öffentlichen Messengerdienstes (Signal) planten und koordinierten, sondern offensichtlich auch versehentlich einen Journalisten der Zeitschrift „The Atlantic“ in die hochgeheime Chat-Runde einluden. Nachdem der betroffene Journalist diese Verfehlung öffentlich bekannt machte, geriet die US-Regierung erwartungsgemäß stark unter Druck. Aber anstatt die Verantwortlichen in der US-Regierung zur Rede zu stellen, entschied sich die US-Administration die Flucht nach vorne anzutreten und die oft angedrohte Auto-Zollfront aufzumachen um von diesem unfassbaren Skandal abzulenken.

NEUE METHODEN DER STAATSFINANZIERUNG II: STRAFZÖLLE VON GUTEN FREUNDEN – UM JEDEN PREIS

Bis dato ist der Trump-Administration das Ablenkungsmanöver gut gelungen, denn der Fokus des öffentlichen Interesses liegt seit Mitte der vergangenen Woche fast ausschließlich auf den angekündigten 25-Prozent-Zöllen für Importe von Automobilen und Ersatzteilen in die USA.

Anders als in seiner ersten Amtszeit in den Jahren 2017 bis 2021, ist Donald Trump nun viel stärker auf die ideologischen und politischen Ziele seiner MAGA-Bewegung (Make America Great Again) fokussiert. Dafür, so scheint es, ist er auch bereit (zunächst) wirtschaftliche Einbußen hinzunehmen. Denn nach seiner Auffassung wird die USA später, wenn alle seine ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Ziele erreicht wurden, viel besser und stärker sein als je zuvor.

Dabei hat die Trump-Administration in den ersten Regierungswochen bereits einiges an ökonomischen Schaden angerichtet. Am augenscheinlichsten lässt sich dies an der Entwicklung der Aktienmärkte ablesen. So hat der amerikanische S&P 500 Aktienindex in den letzten Wochen bereits zehn Prozent an Wert eingebüßt (vgl. Abb. 1).



Abb1. Der US-Aktienindex S&P 500 hat den oberen Rand des fast einhundertjährigen Trendkanals erreicht.

Und es sieht aktuell nicht danach aus, als ob das Ende der Abwärtsbewegung bereits erreicht wurde. Denn auch andere wirtschaftliche Indikatoren verheißen aktuell nichts Gutes. So ist die Verbraucherstimmung der University of Michigan auf neue Mehrjahrestiefs gefallen. Die Verbraucher geben an, dass sie aufgrund der Wirtschaftspolitik der US-Administration höhere Inflation, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Unsicherheit befürchten. Kein Wunder, dass die Lust am Shopping dabei so manchem vergeht. Aber auch die Befragung der Unternehmerinnen zeigt deutliche Brems Spuren. Am klarsten ist dies bei der Befragung der Mittelständler und Kleinunternehmer (NFIB) zu bemerken. Hier ist es nach einer regelrechten Trump-Euphorie, nach der Präsidentschaftswahl im vergangenen Herbst, zu einer deutlichen Ernüchterung und entsprechender wirtschaftlicher Zurückhaltung gekommen.

Doch auch die großen Unternehmen spüren die steigende Zurückhaltung der Konsumenten. Dies zeigen die jüngsten Einkaufsmanagerindizes sehr deutlich. Ähnlich ist auch die Lage bei den harten Konjunkturindikatoren. So zeigen diese einen deutlichen Rückgang der wirtschaftlichen Dynamik. Beispiel Einzelhandel: Hier steigen zwar die Umsätze noch leicht an (nach unseren Berechnungen ca. +0,3 Prozent real auf Jahressicht), doch zeigt das Einkaufsverhalten der Konsumenten deutliche Schwächen. So konzentriert sich der private Konsum zum Großteil auf Güter des täglichen Gebrauchs und nur noch im geringen Maße auf diskretionäre, also nicht lebensnotwendige Güter (wie z.B. aus den Bereichen Unterhaltung, Freizeit oder Luxus). In der Regel deutet ein solches Kaufverhalten in einem reifen Konjunkturzyklus auf eine beginnende Konsumschwäche hin.

Unsere ökonometrischen Modelle prognostizieren nur noch ein reales Wirtschaftswachstum (BIP) von 1,2 Prozent für 2025 (nach 2,8 Prozent 2024). Dies allerdings mit fallender Tendenz. Dabei wird

sich die Inflation (PCE) in den USA bis Ende 2025 im Bereich 2,3 Prozent einpendeln. Die US-Notenbank (Federal Reserve) wird basierend auf einer schwächer werdenden Wirtschaft und einer Inflation nahe dem Notenbankziel von zwei Prozent, ihre Zinssenkungen in den nächsten Monaten wohl wieder aufnehmen und die Notenbankzinsen (Fed Funds Rate) von aktuell 4,5 Prozent in Richtung vier Prozent senken.

Insgesamt deutet das alles darauf hin, dass Donald Trump, der bis dato seine Erfolge gerne an der Entwicklung der Aktienmärkte maß und sich im hellen Glanz immer weiter steigender Aktienkurse zeigte, in tragischer Weise den längst überfälligen Korrekturzyklus am US-Aktienmarkt angestoßen hat. Und noch gibt es keine Entwarnung für Trump. Denn trotz des deutlichen Rückgangs von zehn Prozent, ist eine Fortsetzung des Abwärtstrends wahrscheinlich. Denn zum einen liegt nach wie vor die Bewertung der US-Aktien mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von 28 (auf Basis der letzten Geschäftsberichte der Unternehmen) deutlich über dem langjährigen Mittelwert von 18. Zum anderen müssen aus portfoliotheoretischer Sicht auch die aktuell deutlich erhöhten geopolitischen und wirtschaftlichen Risiken in der Renditeerwartung berücksichtigt werden. Im Klartext bedeutet dies, dass diese Risiken eigentlich zu einem spürbaren Bewertungsabschlag bei Aktien und zu einem Bewertungsaufschlag bei den als sicher geltenden US-Staatsanleihen führen müssten.

AMERICA FIRST ODER DER MERKANTILISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS

Die schlechte Entwicklung der Aktienkurse ist dramatisch für den US-Präsidenten, zielt doch Trumps merkantilistische Zollpolitik eigentlich nicht darauf ab die US-Wirtschaft zu schwächen. Vielmehr ist es das Ziel das riesige Handelsbilanzdefizit der USA zu reduzieren, indem die USA viel exportiert und sehr wenig importiert. Damit soll in den USA Wohlstand geschaffen werden um das Land wirtschaftlich und politisch als Großmacht zu zementieren. Wer die Wirtschaftsgeschichte des Merkantilismus kennt, weiß von der frappierenden Ähnlichkeit des Trump'schen Weltbildes mit den absolutistischen europäischen Herrschern des 17. Bis 19. Jahrhunderts und deren Bestreben Macht und Reichtum auf Kosten anderer Staaten anzusammeln um eigene horrenden Staatsausgaben zu finanzieren.

Und wie die Geschichte dieser Epoche in Europa lehrt, führte genau diese Art der Wirtschaftspolitik der Merkantilisten, nämlich die nationale Produktion und den nationalen Wohlstand auf Kosten des Auslandes durch Strafzölle und wirtschaftspolitischen Erpressungen zu maximieren, nicht allzu selten zu verheerenden Kriegen.

Tragischer Weise scheint Donald Trump nicht nur die Lehren aus der Geschichte zu ignorieren, sondern auch einigen Denkfehlern zu unterliegen. So hat keine ausländische Macht die US-Unternehmen ab den 70er Jahren des vorherigen Jahrhunderts gezwungen die USA zu verlassen um in Billiglohnländern zu produzieren. Vielmehr war es der technologische Fortschritt, speziell die Computertechnologie und das Internet, welches Unternehmen ermöglichte Produktion global auszulagern um dabei hohe Preisvorteile durch kostengünstige und bedarfsgerechte „just in time“ (bedarfssynchrone Produktion) industrielle Fertigung zu erlangen. Damit gewannen US-Unternehmen weltweit deutlich an Wettbewerbsfähigkeit und erreichten durch eine stetige Ausweitung ihrer

Gewinnmargen nie dagewesen Profite. Global Player wie Apple, Nvidia, Intel, Tesla, Cisco, Nike, GM, Ford oder Oracle wären ohne die Möglichkeit weltweit günstig produzieren zu können weitaus geringer wettbewerbsfähig und profitabel. Daher würden diese Unternehmen auch einen weitaus geringeren Anteil an der Wertschöpfung der US-Wirtschaft haben. Schlussendlich würde der Pro-Kopf-Wohlstand der USA heute nicht zur absoluten Weltspitze gehören (vgl. Abb. 2).

Aber nicht nur die US-Industrieunternehmen haben von der globalen Wirtschaft deutlich profitiert. Auch US-Dienstleister wie Banken, Beratungsgesellschaften und Anwaltskanzleien sind den Unternehmen weltweit gefolgt und haben nicht nur die Amerikaner bedient, sondern auch neue internationale Kunden gewonnen. Somit hat die US-Wirtschaft durch all diese Rückkopplungs- und Zweitrundeneffekte mehrfach von der Globalisierung profitiert. Die Mär, dass die Welt die USA seit Jahrzehnten ausnimmt, wie von Donald Trump zur Rechtfertigung seiner Strafzölle immer wieder erzählt, gehört also tatsächlich ins Märchenland.

Ein weiterer Denkfehler von Donald Trump ist, dass das riesige Handelsbilanzdefizit durch Zölle zu beheben wäre. Klar, wenn die Amerikaner keine ausländischen Waren mehr kaufen, dann haben sie auch kein Warendefizit mehr. Es ist aber zweifelhaft, ob sie dann glücklicher wären. Denn niemand zwingt sie Fahrzeuge von VW, Porsche, Audi oder Mercedes Benz zu kaufen. Sie machen das, weil die deutschen Autobauer zu den besten der Welt gehören. Und die Europäer würden auch mehr US-Automarken kaufen, wenn diese für den europäischen Geschmack attraktiver wären. Das hat mit angeblichen europäischen Handelsbarrieren, wie es die Trump-Administration behauptet, nichts zu tun.

ALLES HÄNGT AM US-DOLLAR

Doch, dass die Amerikaner ein riesiges Handelsdefizit haben, hat ihren Ursprung auch in der weltweiten Stellung der US-Währung als Weltreservewährung. Denn spätestens seit die US-Valuta, nach dem Bretton-Woods-Abkommen von 1944, das britische Pfund als Weltwährung ablöste, stieg ihre globale Bedeutung rasant und unaufhaltsam an. Bekanntlich wurde in Bretton-Woods beschlossen, dass jedes Land des Abkommens, zur Stabilisierung des Welthandels, seine Währung an den US-Dollar koppeln würde. Da der Wert der US-Währung wiederum durch Gold gedeckt wurde, sollte hieraus, mit dem Ende des zweiten Weltkrieges, ein sicheres und stabiles Weltwährungssystem entstehen. Durch das schnelle weltwirtschaftliche Wachstum in den Folgejahren nach dem zweiten Weltkrieg, reichten aber die Goldreserven der US-Regierung nach kurzer Zeit nicht mehr aus um die US-Währung global zu decken und um das Versprechen der goldgedeckten Geldwertstabilität einzulösen. Daher wurde das feste Wechselkurssystem zugunsten flexibler Wechselkurse in den 1960er Jahren aufgegeben. Da sich die Welt jedoch über zwanzig Jahre lang an den internationalen Handel mit dem US-Dollar angepasst hatte, blieb dieser Weltleitwährung. Und dies ganz zum Vorteil der Amerikaner.

Denn dadurch, dass der gesamte Welthandel über den US-Dollar läuft, ist immer eine hohe und steigende Nachfrage nach der US-Währung garantiert. Dadurch wächst nicht nur der globale Bestand der US-Währung ständig und stetig an. Auch der Wechselkurs des US-Dollars profitiert tendenziell

davon. Ersteres führt dazu, dass immer ein hoher Überschuss an US-Dollar-Geldreserven, z.B. bei den jeweiligen nationalen Notenbanken, vorhanden ist. Diese stetig wachsenden Dollar-Reserven müssen aber angelegt werden und fließen so automatisch wieder zurück in die Vereinigten Staaten von Amerika, z.B. in US-Staatsanleihen. Durch diesen andauernden Zufluss an frischem Kapital, hat der US-Staat die Möglichkeit sich zu jeder Zeit, fast unbegrenzt zu einem deutlich günstigeren Zins zu verschulden als die eigenen volkswirtschaftlichen Kennzahlen eigentlich rechtfertigen würden. So würde beispielsweise eine Verdoppelung der Staatsverschuldung in zwanzig Jahren, wie in den USA seit 2004 (von 61% auf 122% des BIP), normalerweise zu kräftigen Renditeaufschlägen bei den Staatsanleihen führen. Investoren würden zu Recht einpreisen, dass der Staat womöglich nicht in der Lage wäre seine Schulden oder die Zinszahlungen regelmäßig und pünktlich zu begleichen. Nicht aber in den USA. Auch dann nicht, wenn das Land immer wieder vor der Frage steht, wie die ausufernden Staatsschulden finanziert werden sollen und somit genauso regelmäßig vom US-Kongress entschieden werden muss, ob Staatsministerien aufgrund von Geldmangel nicht vorübergehend geschlossen werden müssten.

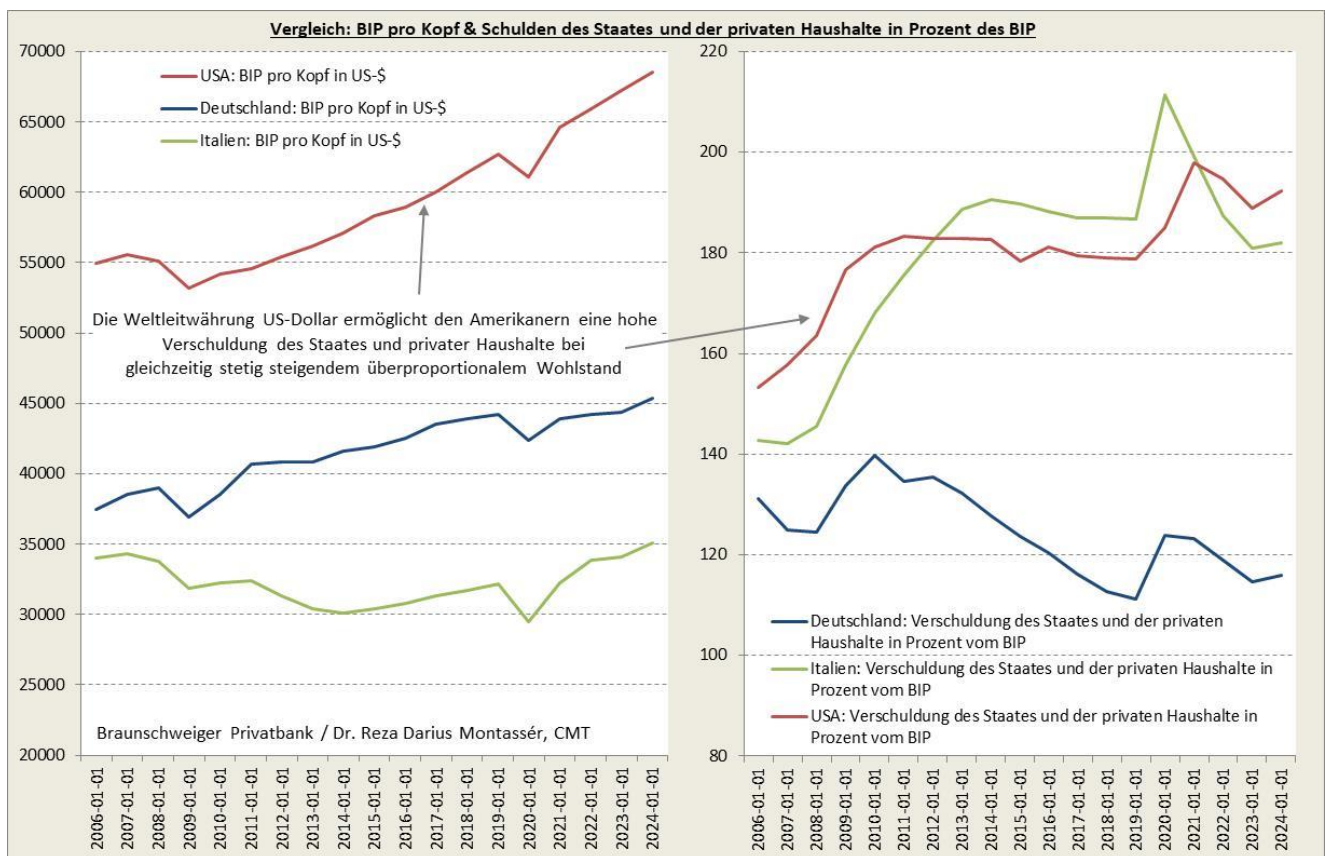


Abb. 2 Trotz hoher Verschuldungsquoten steigt der Wohlstand der Amerikaner überproportional im relativen Vergleich zu anderen Ländern.

Durch diese monetäre Gravitationskraft der USA, steht dem Land also viel mehr Kapital zur Verfügung als unter normalen volkswirtschaftlichen Gegebenheiten möglich wäre, ohne die Stabilität des nationalen Finanzsystems – z.B. durch hohe Inflation – aufs Spiel zu setzen. Dieser monetäre Vorteil führt in letzter Konsequenz dazu, dass in einem ständigen Fluss, überproportional zur eigentlichen wirtschaftlichen Kraft, überdurchschnittlich hohe staatliche und private Konsumnachfrage geschaffen wird. Das Problem dabei: Diese deutlich erhöhte Nachfrage kann durch die eigenen

Produktionskapazitäten der heimischen Volkswirtschaft, auch aufgrund der Globalisierung der US-Industrie, nicht befriedigt werden. In Folge dessen muss verstärkt auf Importe aus dem Ausland zurückgegriffen werden um der inländischen Nachfrage gerecht zu werden.

Positiv dabei ist aus Sicht des amerikanischen Konsumenten die Tatsache, dass der US-Dollar durch die stetige globale Währungsnachfrage, im langjährigen Schnitt, tendenziell höher bewertet wird als aufgrund der realen Kaufkraftparitäten zu erwarten wäre. Sehr anschaulich in diesem Zusammenhang ist der „Big Mac Index“ der Zeitschrift „The Economist“. Dieser vergleicht wie viel ein Big Mac in unterschiedlichen Ländern im Vergleich zur USA kostet. Hieraus lässt sich simple und schnell das Kräfteverhältnis der nationalen Währungen gegenüber dem US-Dollar annähern (vgl.: <https://www.economist.com/interactive/big-mac-index>). Anhand des dort abrufbaren Schaubilds, welches zeigt, dass über Jahrzehnte der US-Dollar gegenüber den meisten anderen Währungen zu hoch bewertet wurde, lässt sich unsere eben genannte theoretische Annahme beispielhaft nachvollziehen.

Dieser, aufgrund des Dollar-Status als Weltreservewährung, „künstlich“ geschaffene überbewertete Wechselkurs, fungiert nun als Brandbeschleuniger des überbordenden US-Handelsbilanzdefizits. Denn dadurch, dass der US-Dollar viel zu stark ist, werden ausländische Waren und Güter für die Amerikaner relativ günstig, was in der Konsequenz zusätzlich zu einer noch höheren Nachfrage nach importierten Produkten führt.

Das Fatale an diesem Prozess ist der Handels- und Währungskreislauf, der hierdurch ständig neu befeuert wird. Denn dadurch, dass der US-Dollar Weltwährung ist, erhalten die Exporteure der Waren in die USA (wie z.B. China, Japan, Großbritannien oder Deutschland) zum Großteil US-Dollar für ihre verkauften Produkte. Länder mit hohen Exportüberschüssen (wie z.B. China und Deutschland) legen diese Dollarreserven dann wieder in sicheren US-Staatsanleihen an. Hierdurch wird der extensive US-Staatshaushalt finanziert, die US-Zinsen relativ niedrig gehalten und die US-Währung relativ verteuert. Das alles führt dann zu dem eben beschriebenen Prozess, welcher dann wieder zu einer Erhöhung des US-Handelsdefizits führt. Ein ewiger Kreislauf eben.

ZÖLLE & WÄHRUNGSMANIPULATIONEN - DER SICHERE WEG IN DEN WIRTSCHAFTLICHEN ABGRUND

Donald Trumps weiterer Denkfehler ist, dass er diesen Kreislauf durch Strafzölle beenden will. Durch die Ansiedlung der ausländischen Unternehmen in den USA, würde die hohe Konsumnachfrage der Amerikaner aus dem Inland bedient werden, was Arbeitsplätze schaffen und das Handelsbilanzdefizit reduzieren würde.

Doch würde es der Trump-Administration tatsächlich gelingen ausländische Unternehmen zur Standortverlagerung aus ihren Heimatländern in die USA zu zwingen, dann würde das dazu führen, dass die Wirtschaft in den jeweiligen Heimatländern einen schweren wirtschaftlichen Schaden erleiden würde. Denn durch den Wegzug der Unternehmen (z.B. Teile der Automobilindustrie in Deutschland) würden steigende Arbeitslosigkeit und geringere Wirtschaftsleistung, Wachstum und Wohlstand auf Jahrzehnte abbremsen. Dies hätte zur Folge, dass einerseits der US-Dollar weiter

aufwerten und die US-Zinsen deutlicher ansteigen würden. Andererseits würde die USA auf dem Weltmarkt massiv an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. So würden neben höheren Produktionskosten in den USA, auch der immer höher steigende US-Dollar amerikanische Waren zu globalen Ladenhütern machen. Und sehr wahrscheinlich würden auch auf US-Waren international hohe Strafzölle erlassen werden. Die Amerikaner könnten versuchen im Gegenzug den US-Dollar zu schwächen um ihre Waren auf dem Weltmarkt zu verbilligen. Erfahrung damit haben sie genug. Denn 1985 „zwangen“ die Amerikaner beim Plaza-Abkommen u.a. Japan und Deutschland durch kontrollierte Interventionen an den internationalen Währungsmärkten die Deutsche Mark und den japanischen Yen gegenüber dem US-Dollar massiv aufzuwerten und dadurch die US-Währung und damit US-Waren billiger zu machen.

Tatsächlich gelang bis 1987 die fast fünfzigprozentige Abwertung des US-Dollars. Die Japaner zahlten dafür allerdings einen hohen Preis. Durch die massive Aufwertung des Yen waren japanische Waren auf einmal global nicht mehr wettbewerbsfähig, so dass der japanische Export einbrach. In der Folge begann ein Teufelskreis von sinkender Wirtschaftsleistung und weiter steigendem Yen. Aus wirtschaftshistorischer Sicht ist es relativ wahrscheinlich, dass die massive Wirtschaftskrise, die Japan ab 1990 heimsuchte, ihren Ursprung im Plaza Abkommen hat. Aber auch Deutschland zahlte für den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit einen hohen Preis. So halbierte sich das reale Wirtschaftswachstum, welches 1984 noch bei 2,8 Prozent lag bis 1987 auf 1,4 Prozent. Allerdings ist aufgrund der aktuellen wirtschaftspolitischen Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt kaum vorstellbar, dass ein neues Plaza-Abkommen von den Amerikanern durchgesetzt werden kann. Daher wird jedes Bestreben der Trump-Regierung die US-Wirtschaft durch Strafzölle zu stärken und andere Länder dadurch zu schwächen, schon aufgrund des Status des US-Dollars als Weltwährung nicht aufgehen. Und dass die Weltmacht USA den Dollar-Status jemals freiwillig aufgeben wird, ist noch unwahrscheinlicher.

UNSER FAZIT

Das hohe Handelsbilanzdefizit der USA ist strukturell fest verankert und auch eine Folge des US-Dollars als Weltleit- und Reservewährung. Daher werden Strafzölle und das Bestreben der US-Administration internationale Unternehmen in den USA anzusiedeln, in letzter Konsequenz das Handelsdefizit kaum positiv beeinflussen können. Vielmehr würde diese Politik die USA und den globalen Handel massiv schwächen und global die Inflation auf höheren Niveaus, über der Zielmarke der Notenbanken von zwei Prozent, etablieren. Die Tatsache, dass die US-Administration sehr entschlossen scheint diese unweigerlich negative Handelspolitik durchzusetzen oder zumindest weiter damit massiv zu drohen, kann aufgrund der engen weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen und den inhärenten kaum abschätzbaren negativen Rückkopplungsmechanismen zu schweren Verwerfungen an den Finanzmärkten und Volkswirtschaften führen. Daher scheint eine defensive Aktienstrategie weiterhin vernünftig. Nicht nur als Portfoliobeimischung interessant scheinen im aktuellen Umfeld auch kurze Laufzeiten deutscher Staatsanleihen zu sein.

Herzlichst Ihr

Dr. Reza Darius Montassér, CMT

Haftungsausschluss und Disclaimer: Die bereitgestellten Informationen dieser wissenschaftlichen Studie beruhen auf Quellen, die wir für verlässlich halten. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität dieser Informationen. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der allgemeinen Information und ersetzt auf keinen Fall die anleger- und produktbezogene Beratung. Jede – auch auszugsweise – Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urhebergesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung von Dr. Reza Darius Montassér. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Verbreitung, Bearbeitung, Übersetzung, (Mikro-) Verfilmung und die Einspeicherung in elektronische Geräte oder Systeme. Wir haben uns bemüht, alle Angaben sorgfältig zu recherchieren und zu erarbeiten. Dabei wurde zum Teil auf Informationen Dritter zurückgegriffen. Einzelne Angaben können sich insbesondere durch Zeitablauf oder infolge von gesetzlichen Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität sämtlicher Angaben kann daher keine Gewähr übernommen werden. Diese gesamte wissenschaftliche Studie stellt lediglich unsere Meinung dar, die ohne unsere Vorankündigungen wieder geändert werden könnte. Sofern Aussagen über Renditen, Kursgewinne oder sonstige Vermögenszuwächse getätigt werden, stellen diese lediglich Erwartungen dar, für deren Eintritt wir keine Haftung übernehmen. Diese wissenschaftliche Studie fordert weder zum Kauf noch zum Verkauf irgendwelcher Finanzinstrumente oder Wertpapiere auf. Soweit steuerliche oder rechtliche Belange berührt werden, sollten diese vom Adressaten mit seinem Steuerberater bzw. Rechtsanwalt erörtert werden. Herausgeber /Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Reza Darius Montassér, CMT. Redaktionsschluss: 31.03.2025.